



Büro Landrat	Vorlagenart	Vorlagennummer
Aktenzeichen: 01 Datum: 02.07.2012 Verfasser/in: Britta Ammoneit	Antrag	2012/210
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 26.06.2012 (Eingang: 02.07.2012);
Planerische Steuerung von Tierhaltungsanlagen im Sinne einer Erhaltung bäuerlicher
Strukturen und Berücksichtigung von Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz

Produkt/e:

111-110 Büro Landrat

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
N	16.07.2012	Kreisausschuss
Ö	16.07.2012	Kreistag

Anlage:

Originalantrag

Beschlussvorschlag der Gruppe SPD und Grüne:

„Der Kreistag möge wie folgt beschließen:

1. Der Kreistag fordert von Land, Bund und EU klare und umfassende Regelungen für die planerische Steuerung von Tierhaltungsanlagen sowie rechtliche Vorgaben für deren Genehmigungsverfahren, so dass Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz gewährleistet werden. Durch eine frühzeitige und umfassende Beteiligung sollen Interessenskonflikte zwischen den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den Antragstellern andererseits minimiert werden. Zur Konfliktminimierung sind Produktionsstandards über die derzeit gültige Rechtslage hinaus (Abstände, Einbau von Filteranlagen) einvernehmlich anzustreben.
2. Neue Projekte zur Tierzucht und Tiermästung verursachen vielfältige Probleme:
 - I) Einerseits geht es um den nachhaltigen Schutz von Umwelt und Gesundheit aller Beteiligten und Betroffenen.
 - II) Andererseits ist eine ethisch verantwortbare Produktion zu realisieren, das heißt, die Anforderungen an eine artgemäße Tierhaltung sind zu gewährleisten.
3. Der Landkreis Lüneburg fordert europaweite einheitliche Standards (Regelungen und entsprechende Grenzwerte), die verhindern, dass der derzeit stattfindende Strukturwandel zur Agrar-Industrie die bäuerlichen Strukturen im Landkreis Lüneburg vernichtet; insbesondere ist die Regelung zum privilegierten Bauen in der Novelle des Baugesetzbuches entsprechend zu modifizieren.
4. Diese Standards dürfen nicht auf Kosten der Gesundheit und Umwelt gehen. Sie dürfen nicht ermöglichen, dass den Tieren unverantwortliches Leid zugefügt werden kann.
5. Der Landrat wird daher gebeten, die Landesregierung aufzufordern, dass sie sich insbesondere bei der Tierzucht und -mästung für entsprechende Standards einsetzt und deren Einhaltung konsequent durchsetzt.“

Begründung der Gruppe SPD und Grüne:

Siehe anliegender Antrag.